

Frank Poschau, Zum Barnahe 2a, 24634 Padenstedt

Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Padenstedt, 16.07.2014

Poschau - Verfassungsbeschwerde

AZ.: 4447-14

Az.: AR 2026/14

An den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe
Herrn Andreas Voßkuhle,
Richter - Michael Gerhardt, Richter - Peter Michael Huber,

Ihre Entscheidung meinen Fall nicht zur Wiedereinsetzung zu führen, spiegelt die Rechtssituation in Deutschland wieder und beweist, Sie haben sich mit meinem Fall nicht beschäftigt, noch den Mut gehabt, diesen eklatanten, erneuten Rechtsbruch zu signieren. Sie unterstützen Menschenrechtsverletzungen und kriminelle Machenschaften von Richtern am Bundesgerichtshof, am Oberlandesgericht in Schleswig Holstein, von Anwälten und Gutachtern. Sie beweisen mir mit Ihrem Nichtstun nicht nur, dass Sie dieses Amt zu Unrecht bekleiden, Sie beweisen mir auch, dass unser Rechtssystem sich dem Stand von 1942 unter Richter Freisler angenähert hat. Wo Richter die Politiker und Wirtschaft bedienten, um selbst Vorteile zu erlangen. Ihr verantwortungsloses Nichteingreifen lässt die Gleichgültigkeit, gegenüber dem Verfall unserer Grundwerte erkennen, Sie reihen sich ein.

Begründung:

Wenn Sie sich mit dem Rechtsstreit Poschau/RV-Versicherung beschäftigt hätten, hätten Sie sich äußern müssen. Dann wären Ihnen die Betrugereien von Richtern aufgefallen, dass meine Zeugen missachtet wurden, Richter Absprachen getroffen haben, Richter das Gleichheitsprinzip aufs Größte verletzt haben, Richter sich Konstrukts erdachten, um ein Urteil zu rechtfertigen. Das Recht auf Anhörung missachtet haben und sich des Verdachts, durch Nebeneinkünfte in der Versicherungswirtschaft, ausgesetzt haben. Auch wenn die Politik, Ihre Freunde und Helfer, Nebeneinkünfte nicht ausschließt, ist es für den Bürger nicht glaubhaft, dass Richter bei dem hohen Salär und Zeitmangel, denn die Prozesse dauern ja jahrelang, in der Lage sein sollen, Einladungen zum Schreiben von Büchern, Artikel und Reden auf Symposien anzunehmen, die hoch dotiert sind. Gerade auf Symposien kommt es zum persönlichen Kontakt zur Wirtschaft und Interessengruppen, was den Verdacht der Bestechlichkeit nährt, da der Verdacht schon zu verfolgen ist, unterstützen Sie hier die kriminellen Machenschaften, wenn Sie behaupten, Sie hätten sich mit diesem Fall auseinandergesetzt. Mein Anwalt und ich haben Ihnen alle Unterlagen zur Verfügung gestellt, auch die der Journalisten, die ins Kleinste die Verbrechen nachgewiesen haben. Entweder sind Sie nicht Herr in Ihrem Amt, denn Ihre Angestellten versuchten schon den Fall wegen eines vorgeschobenen Formfehlers abzuschmettern oder aber Sie sind ein Betrüger. Beides wäre dieses Amtes nicht würdig, Sie schützen nicht die Bürger, Sie treten den Artikel 1 unserer Verfassung mit Füßen. Wenn Sie was vorgeben was Sie nicht signiert haben, haben Sie mich betrogen, auch die anderen Urteile sind nicht signiert, was Ihnen aufgefallen wäre. Das Sie die Arbeit scheinbar von Ihren Untergebenen und Sekretären erledigen lassen, stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit „Ihres“ Beschlusses.

Ich habe Sie aufgefordert und gebeten dem Unrecht von tausenden Fehlurteilen in der BRD, durch Richter, die ihre Legitimation als göttlich ansehen und nicht mehr ausschließlich dem Recht unterliegen, entgegenzutreten. Ihr Verhalten deckt sich mit der Aussage des Volkes, „eine Krähe hackt der Anden kein Auge aus“.

Dieses Schreiben wird zu meinem Schutz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit bürgerlichen Grüßen

